Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 29 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Montag, den 4. Februar 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett hat beschlossen, Eisenbahn und Post zu selbständigen Unternehmungen umzugestalten.

* Dem Vernehmen nach sind zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichswehrminister und dem Reichsinnenminister Besprechungen im Gange, die sich mit der Aufhebung bzw. Milderung des Ausnahmezustandes beschäftigen.

* Die Separatisten haben alle von ihnen in Wiesbaden besetzten Gebäude geräumt und sind in der Nacht heimlich abgezogen.

* Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Wilson, ist an einem Magenleiden ernstlich erkrankt. Die Ärzte hegen ernste Befürchtungen.

* In Japan sollen infolge der Auflösung des Parlaments heftige regierungsfeindliche Unruhen ausgebrochen sein.

Bahn und Post selbständig.

Das Reichskabinett hat soeben beschlossen, daß durch eine Verordnung die Eisenbahn zu einem selbständigen, eine juristische Persönlichkeit darstellenden wirtschaftlichen Unternehmen mit der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn" umgestaltet wird, das die nach wie vor im Besitze des Reiches verbleibenden Eisenbahnen verwaltet und betreibt. Es ist also mit der Reichsbahn dasselbe erfolgt wie mit den „Deutschen Werken", was diesen finanziell außerordentlich gut bekommen ist. Und es ist nur eine selbstverständliche Konsequenz, wenn das Kabinett ferner noch beschlossen hat, auch den Reichspost- und Telegraphenbetrieb zu einem solchen Unternehmen als „Deutsche Reichspost" umzuschaffen.

Seit fünf Jahren ist das ärgste Sorgenkind des Reiches die Eisenbahn. In der Blüte der Zentralisationsbestrebungen war ja auch die Eisenbahn „verreichlicht" worden, wie dieser greuliche Ausdruck damals lautete. Natürlich glaubte das Reich ein gutes Geschäft mit der Übernahme der Bahnen zu machen, und es hat sie auch recht billig erhalten. Freilich war der ganze Betrieb heruntergewirtschaftet, denn vier Jahre Krieg und die Bedingungen von Versailles hatten große Lücken in den Wagenpark gerissen, hatten einen ordnungsgemäßen Reparatur- und Ausbaubetrieb verhindert. Immerhin kam man doch allmählich wieder zu leidlich geordneten Verhältnissen, bis auch hier die Inflation die Finanzlage hoffnungslos ruinierte, bis vor allem der Ruhrkampf die Reichseisenbahn in furchtbare Schulden stürzte.

Die Reichsbetriebe als solche haben ja schon lange ihren eigenen Etat, der neben dem der allgemeinen Reichsverwaltung steht. Aber letzten Endes mußte ja doch das Reich immer wieder die Mittel hergeben, um den völlig unrentabel gewordenen Betrieb überhaupt aufrecht zu erhalten. Diese Halbheit ist ein großer Fehler gewesen. Denn ein an die etatsrechtlichen Bestimmungen geknüpfter Betrieb hat wirtschaftlich und finanziell gar keinen Spielraum, keine Ellenbogenfreiheit, kann sich infolgedessen den sich rasch ändernden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen gar nicht oder nur langsam, jedenfalls viel zu langsam anpassen und die am 1. Oktober vergangenen Jahres erfolgte Umstellung der Tarife auf Goldrechnung kam viel zu spät.

Darüber ist man sich ja schon seit langem einig, daß der Eisenbahnbetrieb technisch wie finanziell auf eine andere Basis gestellt werden müßte. Schon im Interesse der deutschen Wirtschaft, von deren Wohlergehen ja auch seine finanzielle Ergiebigkeit wesentlich abhängt. Rein fiskalische Tendenzen haben aber gerade bei der Eisenbahn oft ihr böses Spiel getrieben und man versuchte das Defizit durch eine ständige nicht viel Geist und Überlegung kostende Steigerung der Tarife zu beseitigen. Je schlechter es der Wirtschaft ging, desto höher wurden die Tarife, und aus dem „Verkehrsinstrument" wurde ein verkehrshemmender Betrieb, dem eine preisdrückende Konkurrenz ja keine Sorge zu machen brauchte.

Noch vor dem Ruhreinbruch, der die Eisenbahn in eine ganz verzweifelte Situation stürzte, hat bekanntlich der „Reichsverband der Industrie" seinen Vorschlag zu einer „Privatisierung" der Eisenbahn gemacht, der aber in dem drohenden Volksgemurmel versank. Nun wird dem Drängen wenigstens etwas nachgegeben, der Eisenbahn etwas größere etatsrechtliche Freiheit zu geben.

Das ist übrigens auch deswegen von Wichtigkeit, weil in unseren Eisenbahnbetrieb die französisch-belgische Regie eingedrungen ist und jede Festlegung, jede Kalkulation, jede etatsrechtliche Behandlung des Betriebes unmöglich macht. So ist die Abstreifung äußerer und innerer Fesseln jetzt notwendiger als das früher der Fall war, ist die Umstellung auf die Form eines rein kaufmännisch geleiteten und durchgeführten Betriebes vielleicht ein zwingendes Muß.

Es ist also keine „Privatisierung" der Reichsbahn oder der Post, keine Übereignung in das Eigentum einer Privatgesellschaft, sondern Eigentümer bleibt nach wie vor das Reich. Trotzdem ist es ein sehr bedeutungsvoller Schritt, den die Regierung mit diesen einfachen Verordnungen tut; denn praktisch begibt sie sich der Einwirkung auf diese Betriebe. Eisenbahn und Post ist Besitzerin des ihr zufallenden Vermögens und sie haben wie die „Deutschen Werke" dem Reich lediglich einen Geschäftsbericht vorzulegen. Allerdings ernennt der Reichspräsident nach wie vor die „Generaldirektoren", also den Reichseisenbahn- und den Reichspostminister; aber damit ist die Einwirkungsmöglichkeit des Reiches erschöpft.

*

Lohntarifkündigung bei der Bahn.

Das Reichsverkehrsministerium hat den Lohntarifvertrag für die gesamten deutschen Eisenbahnarbeiter gekündigt. Dem Vernehmen nach soll im Reichsverkehrsministerium die Absicht bestehen, sowohl die Frage der Arbeitszeit wie die der Lohnfestsetzung einer Neuregelung zu unterziehen. Auch die sozialen Leistungen dürften bei der Neuregelung eine Änderung erfahren. Die Besprechungen über das neue Arbeitsabkommen werden voraussichtlich schon in Kürze im Reichsverkehrsministerium beginnen.

Die Urlaubszeit der Beamten soll für das Jahr 1924 um sieben Tage gekürzt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Erleichterter Grenzverkehr Deutschland—Holland.

Die Erleichterung im Grenzverkehr zwischen Deutschland und Holland ist durchgeführt. Die Zoll- und Paßprüfung in Bentheim, die bisher in den Bahnhofsräumen stattfand, wird jetzt im Zug durchgeführt, so daß nur die Reisenden das Abteil zu verlassen brauchen, die Verzollbares bei sich führen oder großes Gepäck im Packwagen haben. Auch die Reisenden, deren Gepäck bereits in Amsterdam oder Berlin zollamtlich abgefertigt ist, müssen der Revision beiwohnen und ihre Zollpapiere vorweisen.

Notgeld im besetzten Gebiet.

Die Zulassung des wertbeständigen Notgeldes im besetzten Gebiet muß jetzt nochmals von der Rheinlandkommission angefordert werden, da die Kommission seinerzeit zwar materiell der Ausgabe zugestimmt, formell jedoch die Zustimmung von der weiteren Entwicklung der Rheinnotenbank abhängig gemacht hatte. Die Verhandlungen zwecks endgültiger Lösung in der Anerkennungsfrage des rheinischen Notgeldes sind eingeleitet.

Staatsrechtliche Stellung Hannovers.

Wie aus Hannover gemeldet wird, wurde in einer Unterredung zwischen den Reichstagsabgeordneten Graf v. Bernstorff und Albers und dem Reichskanzler von diesem die loyale Durchführung des Abstimmungsverfahrens auf Abtrennung hannoverscher Gebietsteile von Preußen zwecks Bildung eines neuen Landes und die Bestimmung des Termines der Vorabstimmung in der ersten Sitzung des Reichskabinetts in der nächsten Woche zugesagt.

Belgien.

× **Antrag auf Erweiterung des Achtstundentages.** Der Minister für öffentliche Arbeiten, Moyerson, hat in der Kammer ein Projekt zur Abänderung des achtstündigen Arbeitstages eingebracht. Moyerson geht von der Tatsache aus, daß die meisten Regierungen das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nicht ratifizierten. Die belgische Regierung erachtet es für notwendig, daß die Industriellen das Recht besitzen, die nationale Produktion wenn möglich unter prinzipieller Beibehaltung des achtstündigen Arbeitstages auf ihren Höchstertrag zu bringen.

Schweiz.

× **Internationales Arbeitsamt und Arbeitszeitverlängerung.** Beim Schluß der diesmaligen Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf erklärte Direktor Albert Thomas, daß die Darlegungen der deutschen Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter über den Willen Deutschlands zur Reparationserfüllung einen Schritt vorwärts auf dem Wege des Wirtschaftsfriedens bedeuteten. Er verzeichnete ferner die wichtige Erklärung der deutschen Regierungs- und Arbeitgebervertreter über den provisorischen Charakter der Arbeitszeitverlängerung in Deutschland, möchte aber Garantien dafür haben, daß die Produktionssteigerung in Deutschland auch tatsächlich den Reparationsleistungen zugute kommt und die Arbeiter nicht allein und nicht nutzlos Opfer bringen.

Rußland.

× **Sowjetrußlands auswärtige Politik.** Im Allrussischen Rätekongreß hielt Kamenew eine große Rede. Er sagte dabei u. a., der hervorstechende Grundzug der jetzigen europäischen Politik sei der Bankrott des Versailler Friedens. Von der englischen Arbeiterregierung erhofft Kamenew vorläufig nicht allzu viel, Frankreichs Heraydrängen an Rußland ließe sich aus der Furcht vor dem Zuvorkommen anderer Mächte erklären. Die Festigung freundschaftlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Verbindungen mit Deutschland würde eine der Grundlagen der Politik der Sowjetregierung bleiben. Im Oktober und November, als das Vordringen der Franzosen in Deutschland drohte, hätte man in Rußland „Vorbeugungsmaßregeln" getroffen. Rußland erstarke bei der durch die Westmächte geschaffenen unsicheren Lage Europas.

Aus In- und Ausland.

München. Der englische Generalkonsul Clive ist von seiner Londoner Mission über Lindau wieder in München eingetroffen.

München. Im bayerischen Landtag gaben Präsident Königsbaur und Ministerpräsident Dr. von Knilling unter der Zustimmung der Parteien feierliche Erklärungen gegen die Vergewaltigungspolitik der Franzosen in der Pfalz ab.

Roxheim. Der durch Unbekannte schwer verwundete Separatistenführer Gumpinger ist an seinen Verletzungen im Krankenhause Frankenthal gestorben.

Paris. In der Kammer wurde ein Gesetzentwurf angenommen, der die Einführung einer nationalen Lotterie vorsieht. Der Gewinn daraus soll für den Wiederaufbau Verwendung finden.

London. Wie Reuter aus wohlunterrichteten Kreisen vernimmt, ist es möglich, daß die Anerkennung der russischen Regierung noch vor dem Zusammentreten des Parlaments und ohne vorherige Bedingungen bekanntgegeben wird.

Tokio. Das Parlament ist aufgelöst worden. Die Regierung kam damit dem zu erwartenden Mißtrauensvotum zuvor.

Tokio. Der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Solf, traf Ende Februar in Berlin ein; seine Reise trägt jedoch rein privaten Charakter.

Die Grundsteuer im Preußischen Landtag angenommen.

(298. Sitzung.) tt. Berlin, 1. Februar.

Die Beratung über die Grundsteuer wird fortgesetzt. Abg. Schmelzer (Zentrum) trat für die Landwirtschaft ein und richtete heftige Angriffe gegen Forst- und Domänenverwaltung.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff antwortete darauf mit der Versicherung, es sei nicht wahr, daß bei den Grundstücksverkäufen der Domäne Dahlem-Berlin irgendein Beamter einen Pfennig Provision verdient habe. Abg. Conradi (Deutschnat.) führte aus, die Steuerpolitik der Regierung sei von Haß gegen den Besitz diktiert. Abg. Scholisch (Soz.) wandte sich in der Hauptsache gegen die von ihm behauptete Steuerscheu der Rechtsparteien.

Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Änderungsantrag gestellt, wonach in der Frage der Erhebung von Zuschlägen die Regierungsvorschläge wiederhergestellt werden und eine Erhebung von Zuschlägen über 200 % ausgeschlossen werden soll. Der Ausschuß hatte den Prozentsatz auf 150 % herabgesetzt.

Nach kurzer weiterer Debatte schließt die allgemeine Aussprache.

In namentlicher Abstimmung wird die Grundsteuernotverordnung mit 206 gegen 110 Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Kommunisten, Deutschhannoveraner und die Wirtschaftspartei.

Dann kommt die Ausschußvorlage zur Änderung der Verordnung zur zweiten Beratung. Sie will bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken die bekannten Ermäßigungen eintreten lassen. Die deutschnationalen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Freigabe von Warenein- und -ausfuhr.

Berlin, 1. Februar.

In den nächsten Tagen wird im Reichsanzeiger eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers veröffentlicht, durch die die Einfuhr einer weiteren Reihe von Waren freigegeben wird. Unter anderem handelt es sich um Rohseide, Seidengespinste und Lederwaren, soweit sie noch nicht einfuhrfrei waren. Ferner werden unter anderem Schwemmsteine, Kalksandziegel und Waren aus Gips einfuhrfrei, Roheisen, Halbzeug und Walzwerkerzeugnisse mit Ausnahme von Edelstahl, Messingwaren, gewisse Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse. Gleichzeitig wird durch eine zweite Verordnung das Ausfuhrverbot, das bekanntlich nur noch bei einer beschränkten Anzahl von Waren besteht, für eine Reihe dieser Waren aufgehoben, unter anderem für Torf, Benzol, Steinkohlenteer-, Braunkohlenteer-, Torf- und Schieferöl, ferner für Pech und pechartige Rückstände und für Teer, für Kunstwolle, Lumpen, Galalith, für Roheisen, Halbzeug und die wenigen Walzwerkerzeugnisse, die bei der Freigabe der Ausfuhr im September v. J. noch nicht berücksichtigt worden waren, nämlich Weißblech und Walzdraht. Es bleiben auf diesem Gebiet lediglich Erze und Alteisen unter Ausfuhrkontrolle.

Weiterarbeit der Sachverständigen.

Untersuchung über Kapitalflucht.

Die in Berlin weilende „Zweite Sachverständigenkommission für Kapitalflucht" trat Freitag zu einer Vollversammlung zusammen. Die Mitglieder des Ausschusses waren vorher vom Reichskanzler empfangen und begrüßt worden. Dr. Marx sagte dabei, er habe ein besonderes Interesse daran, daß in der Frage der Kapitalflucht, die seit Jahren den Streit der Meinungen der ganzen Welt bildet, von so sachverständiger Seite Feststellungen getroffen werden. Der Vorsitzende des Ausschusses MacKenna erwiderte, man hoffe zuversichtlich, die Untersuchung mit größter Beschleunigung durchzuführen.

Der Ausschuß hat seine Arbeiten begonnen und hörte die Ausführungen des früheren Staatssekretärs Bergmann und des Direktors der Deutschen Bank Wassermann.

Ein Sachverständiger über Nepp und Luxus.

Einem Berliner Journalisten machte ein hervorragendes Mitglied der Sachverständigenkommission Angaben über seine ersten Eindrücke in Berlin. Man sei überzeugt, daß sowohl die deutsche Regierung wie die deutschen Wirtschaftler mit ihr ehrlich zusammenarbeiten wollen. Das Kommissionsmitglied findet Deutschland außerordentlich teuer und meint, daß Deutschland zurzeit wohl das teuerste Land der Welt sei. Er habe z. B. für ein Diner 20 amerikanische Dollar zahlen müssen. Er sei ferner erstaunt über den sichtbaren Luxus gewisser Kreise, der den Anschein erwecken müsse, als ob die deutsche Not stark übertrieben sei. So seien z. B. in dem Hotel, wo die Kommissionen wohnen, 80 % aller Gäste Deutsche. Er möchte wissen, woher die Leute all das Geld nehmen. Er betonte jedoch, daß er die Armenviertel natürlich noch nicht gesehen habe.

Wiesbaden von Separatisten frei.

Heimlich verschwunden.

Die Separatisten haben das Rathaus, das Landeshaus und das Landratsamt geräumt. Die Räumung vollzog sich in der Nacht und in aller Heimlichkeit. Die grünweißrote Fahne wurde eingezogen. Zurzeit finden Feststellungen über den schamlosen Vandalismus statt, mit dem sie in den besetzten Gebäuden gehaust haben. Die vertriebenen Beamten sind wieder ihren alten Stellen zugeführt worden.

Das Brüsseler Blatt „Oeuvre" meldet, man wäre dort der Ansicht, die pfälzische Frage sollte wie folgt geregelt werden: zuerst habe die Rheinlandkommission zu beschließen, die Anordnungen der autonomen Regierung nicht anzuerkennen. Dadurch würde diese Regierung endgültig erledigt. Sodann hätte sich die Botschafterkonferenz mit nationalistischen Organisationen zu beschäftigen, deren Sitz in Heidel-

berg wäre, da durch diese die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet würde. Was die Verwaltung der Pfalz anbelange, so wäre man der Ansicht, daß die Frage durch die Rheinlandakte gelöst sei. Das heißt, wenn man sie richtig auslegt und Deutschland wieder in die Verwaltung und nicht, wie in Paris anscheinend geplant, an Stelle der Separatisten andere, von Frankreich abhängige Elemente einsetzt.

Unerfüllbare Forderungen der „Regie".

In keiner Weise ihren Aufgaben gewachsen.

Die französisch-belgische Eisenbahnverwaltung im besetzten Gebiet, die Regie, verlangt für die nächsten Tage die Übergabe von täglich 4000 offenen Wagen mit der Erklärung, daß beim Ausbleiben dieser Wagen schwere Folgen für die Wirtschaft entstehen würden. Wie halbamtlich erklärt wird, kann die Reichsbahn ohne empfindliche Schädigung der Interessen des unbesetzten Gebietes diese Wagen unmöglich abgeben. Es ist nicht durchführbar, daß immer erneut Leerwagenmaterial in das Ruhrgebiet hineingepreßt wird, während die Regie völlig außerstande ist, die Tausende von beladenen Wagen, die bereits im Ruhrgebiet stehen, zu bewegen. Die Schuld an den schweren Folgen für das Wirtschaftsleben fällt der Regie zur Last, die ihrer Aufgabe, wie sich immer mehr zeigt, in keiner Weise gewachsen ist.

Gesetzliche Regelung des Funkverkehrs.

Strafen für nichtgenehmigte Anlagen.

Berlin, 1. Februar.

Das Reichspostministerium hat bekanntlich in Aussicht genommen, Sende- und Empfangsversuche auf dem Gebiete der Funktelephonie und Funktelegraphie in größerem Umfange als bisher zu gestatten und den Funkliebhabervereinen die Kontrolle der auf diesem Wege zustande kommenden privaten Versuchsanlagen zu übertragen.

Auf diese Weise kann jede technisch befähigte Person, die sich Empfangseinrichtungen selbst anzufertigen vermag, Erlaubnis erhalten, gegen Gebührenzahlung an dem allgemeinen Unterhaltungsrundfunk teilzunehmen. Um die Kontrolle wirksam durchführen zu können und das Überhandnehmen von Geheimanlagen, die vom politischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt gleich schädlich sind, zu verhindern, soll in Ergänzung des Telegraphengesetzes demnächst eine Verordnung erlassen werden, die eine Verwendung nicht angemeldeter Funkeinrichtungen unter wesentlich höhere Strafe stellt als bisher.

Gegen Besitzer vorhandener, nicht genehmigter Anlagen sollen keine Schritte eingeleitet werden, wenn sie diese Genehmigung nachträglich einholen; jedoch wird gegen jeden, der von diesem Entgegenkommen innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung keinen Gebrauch macht, ohne Rücksicht vorgegangen werden.

Wirkungen der neuen Steuernotverordnung.

Entwertungsausgleich. — Keine Friedensmiete 1924.

In dem nunmehr vorliegenden Entwurf der dritten Steuernotverordnung ist noch eine Anzahl Bestimmungen von Wichtigkeit, die im wesentlichen die Beschaffung der Mittel für die Länder, den Entwertungsausgleich und die Gestaltung der Mieten betreffen.

Die Länder erhalten am 1. Februar noch 50 % Zuschuß, am 1. März noch 25 % und am 1. April hört der Zuschuß auf. Zum Ausgleich ist den Ländern die gesamte materielle und finanzielle Regelung aller mit den bebauten Grundstücken zusammenhängenden Steuer- und Verwaltungsfragen wieder endgültig überlassen worden. Die Länder können daneben das Miet- und Wohnungsrecht selbständig regeln, mit der einen Einschränkung, daß sie bei Abweichungen vom Bürgerlichen Gesetzbuch der Zustimmung der Reichsregierung bedürfen. Sie können auch die Höhe der Mieten und die aus den Entwertungsgewinnen des hypothekarisch belasteten Hausbesitzes zu erwerbenden Steuern von sich aus festsetzen. Grundlage dieser neuen Mietzinssteuer ist die Aufwertung der Hypotheken sowie aller dringlichen Lasten und die Aufwertung langfristiger Kreditverträge in Höhe von 10 %.

In diesem Jahre noch keine Friedensmiete.

Die Mieten sollen allmählich, gemäß der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, der Friedensmiete angeglichen werden. Ihre Besteuerung muß so bemessen sein, daß dem Eigentümer von der Miete mindestens die Beträge verbleiben, die zur Verzinsung des angelegten Kapitals und zur Deckung der vorkriegsmäßigen Ausgaben erforderlich sind. Diese Beträge müssen am 1. April d. J. 30 % der Friedensmiete erreicht haben. Von der Besteuerung sind im allgemeinen die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen neuen Gebäudeteile auszuschließen. Für Eigenhäuser bestimmen die Länder, ob eine Befreiung oder Herabsetzung der Steuer einzutreten hat. Was als angemessene Verzinsung des angelegten Kapitals betrachtet wird, wird den Ländern nicht vorgeschrieben, doch steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die Mieten keinesfalls in diesem Jahre die Friedenshöhe erreichen können. Als Erträgnis der Mietzinssteuer sind in diesem Jahre im ganzen Reiche nur 600 Millionen veranschlagt. Vor dem Kriege haben die Wohnungsmieten im ganzen Reiche rund 5 Milliarden Mark betragen. Wenn die Mieten wieder die Friedenshöhe erreicht haben werden, könnte man auf ein Mietzinssteuererträgnis von 2½ Milliarden rechnen, von dem freilich ein sonderer Abzug für die abgetrennten Reichsteile zu machen wäre. Vorerhand aber kann noch nicht mit Friedensmieten gerechnet werden. Weiter müssen die starken Ausfälle berücksichtigt werden, die durch die zahlungsschwachen Mieter entstehen werden.

Aufwertung und Entwertung.

Für Forderungen, die bereits ohne Vorbehalt zurückgezahlt worden sind, kann eine Aufwertung nicht mehr gefordert werden, eine Anfechtung wegen Unkenntnis der Rechtslage gilt nicht. Für Privatschulden sieht die Steuernotverordnung grundsätzlich eine Aufwertung von 10 % vor. Für 1924 sollen überhaupt keine Zinsen, für 1925 1 %, für 1926 2 % usw. bezahlt werden, so daß erst 1929 der normale Zinsfuß von 5 % erreicht ist. Bei Pfandbriefen kam es darauf an, grundsätzlich eine Kategorie von Schuldnern von der Aufwertung auszuschließen, nämlich diejenigen, die die Pfandbriefe in spekulativer Absicht erworben haben. Darum wird die Aufwertung nur bei denjenigen Pfandbriefen zugestanden, die seit 1919 nicht ihre Besitzer gewechselt haben, oder die unter gesetzlichem Zwange etwa als mündelsichere Papiere erworben worden sind. Die Sparkassenguthaben sollen nicht aufgewertet werden. Der Gewinn, der den Sparkassen aus der Hypothekenaufwertung zufließt, soll durch die Länder zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden. Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ist nach Auffassung der Regierung undenkbar. Daher soll für sie bis zur völligen Erfüllung des Versailler Vertrages ein Moratorium erklärt werden.

Vor einer Versammlung von Pressevertretern gab Reichsfinanzminister Dr. Luther Erklärungen über die Notwendigkeit der dritten Steuernotverordnung. Die Entscheidung des Reichsgerichts, die sich für eine Aufwertung von Hypotheken ausgesprochen hat, bringe eine auf die Dauer völlig unerträgliche Unsicherheit in das Wirtschaftsleben. Der Betrag von etwa 600 Millionen Goldmark, der zur Balancierung des Reichsetats einschließlich der Kosten des Versailler Vertrages (jedoch ohne Reparationszahlungen) fehle, müsse durch außerordentliche Steuermaßnahmen beschafft werden. Man habe aus diesen beiden Gründen Wert darauf gelegt, die Aufwertungsfrage noch innerhalb der kurzen Frist zu erledigen, für die das Ermächtigungsgesetz noch in Kraft ist.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 4. Februar 1924.

□ **500 Goldmark für die Einbürgerungsurkunde.** Die Naturalisationsurkunde kostet in Preußen vom 1. Februar ab 500 Goldmark an Verwaltungsgebühren; im Bedürftigkeitsfalle kann dieser Betrag auf 10 Mark herabgesetzt werden. Über völligen Erlaß der Gebühr kann nur der Minister entscheiden. Heimatscheine kosten 10 Mark, Staatsangehörigkeitsausweise 5 Mark. Daß sich der Staat für die Ablehnung eines Einbürgerungsantrages die Hälfte der Gebühr bezahlen läßt, erscheint etwas hart.

□ **Keine großen Postkarten ins Ausland senden!** Die Verwendung von großen Postkarten im Auslandsverkehr ist die Quelle fortgesetzter Klagen, denn die fremden Postverwaltungen belegen Karten, die größer als 14X9 Zentimeter sind, mit hohen Nachgebühren. Die Bevölkerung sollte daher endlich davon absehen, diese Karten, die nur für den Inlandsverkehr bestimmt sind, auch im Verkehr nach dem Ausland zu benutzen.

— **Notgeld der Deutschen Reichsbahn.** Von dem auf Papiermark lautenden Notgeld der Deutschen Reichsbahn sind Fälschungen im Umlauf, die auf seegrünem Wasserzeichenpapier gedruckt sind und bei denen der ursprüngliche Betrag von Zwanzig-Millionen Mark in Zwanzig „Billionen" abgeändert ist. Die Fälschungen sind in der Durchsicht als solche leicht erkennbar. Die Doppellinien der Buchstaben sind zum Teil verstärkt, zum Teil ganz mit grüner Farbe ausgefüllt. Vor Annahme der Fälschungen wird gewarnt mit dem Bemerken, daß an echten „Zwanzig Billionenscheinen" der Deutschen Reichsbahn nur eine geringe Anzahl in Umlauf ist, die auf einem rosa Wertzeichenpapier gedruckt ist und eine Größe von 7½×11½ cm hat. Ferner wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Notgeldscheine der Deutschen Reichsbahn mit Ueberdruck überhaupt nicht im Verkehr sind. Derartige Scheine sind Fälschungen. Für die Ermittelung von Tätern zahlen die Reichsbahndirektionen hohe Belohnungen.

Hüsten, 1. Febr. In N. ging vor ungefähr zwei Jahren ein junger Mann die Ehe mit einer jungen Dame ein, welche vom Hellweg stammte. Die beiden hatten indes vor Eingang ihrer Ehe wohl nicht das Wort Schillers erwogen: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich das Herz zum Herzen findet." Schon seit längerer Zeit verstanden sich die beiden nicht mehr recht. Vor kurzem kam es wieder einmal zwischen ihnen zu einer scharfen Auseinandersetzung. Zwei Tage darauf fuhr ein von der jungen Frau bestellter Möbelwagen während der Abwesenheit des Mannes vor. Die von der Frau mitgebrachten Möbel usw. wurden aufgeladen und dann über den Haarstrang zur früheren Heimat der Frau zurückgebracht. Als der junge Ehemann von der Arbeit zurückkehrte, fand er sein Heim leer. — —

Ohl, 2. Febr. Aus den stilliegenden Pulvermühlen der Firma Cramer & Buchholz sind in letzter Zeit schwere Kupfer- und Messingplatten etc. gestohlen worden.

Münster, 2. Febr. In der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der Landschaft der Provinz Westfalen wurde der bisherige zweite Direktor, Dr. Wilhelm Kellermann, zum Generallandschaftsdirektor gewählt. Der jetzige Inhaber dieses Amtes, Geh. Reg.-Rat Nottarp wird am 31. März zurücktreten. Der neue Direktor steht im 46. Lebensjahre und war früher Generalsekretär des Westfälischen Bauernvereins.

Hagen, 1. Febr. Die freigewerkschaftlichen Arbeiter in sämtlichen städtischen Betrieben: Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk, Kanalreinigungs- und Straßenbauamt sind in den Streik getreten. Der Streik soll sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne richten.

Schwerte, 1. Febr. **Große Diebstähle.** Auf dem Nickelwerk ist schon wieder ein großer Diebstahl an Fertigwaren entdeckt worden. Nicht weniger als sechs junge Leute, die schon längere Zeit auf dem Werke tätig waren, sind verhaftet worden. Bei den vorgenommenen Haussuchungen wurden größere Mengen Bestecke und andere Erzeugnisse des Werkes vorgefunden und beschlagnahmt.

Bochum, 1. Febr. Das Urteil im Maiunruhen-Prozeß wurde gestern gefällt. Erster Staatsanwalt Hartmann ließ in seiner Anklagerede die Anklage auf Rädelsführerschaft und Teilnehmerschaft an den Maiunruhen sowie die nach Beihilfe zum Aufruhr fallen, und hielt nur die auf Unterstützung der verbotenen Betriebshundertschaften und Beamtennötigung aufrecht. Das Gericht folgte in seinem Urteil diesen Anträgen. Die Verurteilung erfolgte bei allen Angeklagten, mit Ausnahme von Altenhoff, wegen Unterstützung der verbotenen Betriebshundertschaften, bei Ostheide, Schnitter und Altenhoff außerdem noch wegen Beamtennötigung durch das an den Oberbürgermeister gerichtete Drohschreiben. Ostheide wurde zu 8 Monaten Gefängnis, Schnitter zu 7 Monaten, Altenhoff zu 4 Monaten und Stolzenburg zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Begründung des Urteils betonte besonders, daß die Verurteilung lediglich wegen Unterstützung der Betriebshundertschaften, die sich bei Beginn der Bewegung bildeten, nicht aber auch eine solche der wilden Hundertschaften, welche die blutigen Exzesse veranlaßten, erfolgt sei. Das Gericht habe den Erklärungen der Angeklagten geglaubt, daß sie die Gewaltakte dieser in Zersetzung befindlichen Hundertschaften entschieden verurteilt hätten. Stolzenburg bleibt in Haft, da er noch in einer anderen Sache sich zu verantworten hat.

Dortmund, 1. Febr. Betrügereien. Ein hiesiger Bauunternehmer hatte im August vorigen Jahres bei dem Bezug von Lohnsicherungen in der Weise zu schwindeln versucht, daß er die Anweisung, die für drei Maurer auf 96 Millionen lautete, fälschte, indem er die Ziffer 7 vor dieser Zahl setzte, um so statt 96 796 Mill. ℳ erheben zu können. Auf der Anweisung bei der Kassenstelle war jedoch der richtige Betrag vermerkt, so daß der Betrug sofort entdeckt wurde.

1

Tote, die leben!

Roman von A. Hottner-Grefe.

Amerikan. Copyright 1922 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.

1. Kapitel.

Ein ungebetener Gast.

Ueber die weithingebreiteten Wiesenflächen fegte der Sturm. Er trieb unzählige falbe Blätter durch die graue Herbstluft, welche schützend den Gutshof des Herrn Werner Irwein umstanden, und bog die halbkahlen Aeste, daß sie krachten und manchmal auch brachen. Das Haus lag etwas abseits von dem großen Wienerwalddorfe auf einem Hügel. Weithin flog der Blick über eine fruchtbare Ebene, über schöne Waldbestände bis zu einer sanft geschwungenen Hügelkette. Die Dorfleute nannten das stattliche Anwesen gerne „das Schloß", aber in Wahrheit war es nur ein einfaches Gutshaus und die Besitzer hatten auch nichts gemein mit eleganten, leichtlebigen Aristokraten. Sie waren schon durch viele Generationen hier ansässig, die Irweins. Und alle, bis auf den toten Bruder des jetzigen Herrn, den „tollen Heinz", waren sie ehrenhafte, einfache, arbeitsame Menschen gewesen. Der Heinz freilich, der hatte es verstanden, das schwer erworbene Geld durch die Finger gleiten zu lassen! Und die verstorbene Frau des jetzigen Herrn, die schöne Jutta, welche in ihren Mädchenjahren die Pferde im Zirkus ihres Vaters so glänzend ritt, hatte ihrem Schwager geholfen. Die Leute im Dorfe hatten oft die Köpfe geschüttelt und sich gewundert, daß Werner, der doch eigentlich der Herr war, das duldete. Aber der hatte die zwei schönen Menschen, den Bruder und die Frau, ja lieb über alle Maßen und besaß gar nicht Kraft genug, ihnen irgend etwas abzuschlagen. Dann kamen die Kinder, Rolf und Hella. Und da die Mutter sich wenig um diese kümmerte, hatte der Vater genug mit ihnen zu tun.

Man hatte im Dorf damals — vor Jahren — manches geredet und gemunkelt über die „Schloßleute". Aber dann kam ein Tag, da waren der tolle Heinz und die schöne Jutta plötzlich verschwunden. Herr Werner ging mit steinernem ruhigen Gesicht herum und sagte, die beiden seien verreist. Seine Frau zu ihren Verwandten nach Amerika, von denen sie eine große Erbschaft zu erwarten habe, sein Bruder nach Deutschland, wo er eine Stelle angenommen habe. Bis dann in kurzen Zwischenräumen zwei gedruckte Traueranzeigen nacheinander vom Gute aus in die Welt hinaus flatterten: Die schöne Jutta war bei einem Erdbeben in Amerika zugrunde gegangen. Heinz Irwein hatte sich auf einer Geschäftsreise, gleichfalls in Amerika, befunden, und war dort gestorben.

Alle näheren Einzelheiten fehlten und man erfuhr auch von Herrn Werner Irwein nichts weiter. Er kränkelte seit langem, lebte nur für seine Kinder und seine Arbeit und tat sein möglichstes, um das verschuldete Gut — er hatte für die leichtsinnigen Schulden von Frau und Bruder Hypothek auf Hypothek aufnehmen müssen — wieder herauszuwirtschaften. Die Kinder wurden erwachsene Menschen. Herrn Werners hohe Gestalt erschien gebückter, sein Haar ergraute, sein Gesicht wurde schmal und von vielen Falten durchwoben, welche still getragenes Leid hingezeichnet hatten.

Wie er eben jetzt aus dem Garten durch eine schmale Pforte hinaustrat ins Freie, sah der Gutsherr noch älter, noch verfallener aus als sonst. Mühsam kämpfte er sich vorwärts. Wenn der Wind nachließ, blieb er stehen, um neue Kraft zu schöpfen. Hinter ihm lag das Haus; vollkommen lautlos war alles da. Herr Irwein wußte es ja, daß sein Sohn und seine Tochter nach Wien gefahren waren und erst am nächsten Tage wiederkommen würden. Dem Gesinde hatte er, da es Sonntag nachmittag war, freigegeben und alle, bis auf zwei alte Knechte, welche das Vieh versorgten, waren zum Tanz ins Dorfwirtshaus gegangen.

Werner Irwein schritt knapp am Waldesrande dahin. Hier waren die Schatten schon breiter; mit grauen Flügeln schwebte die Dämmerung zwischen den schlanken Stämmen auf der einen Seite und warf ihre wallenden Schleier hin über das Wiesenland. Alles wurde undeutlich, kaum mehr erkennbar. Ringsum war eine unendliche Stille, eine tiefe Ruhe. Nur ein Häher schrie im Wald und ein Specht hämmerte. Der Weg führte eine Anhöhe empor und hier durch dichtes Kleinholz weiter. Dunkle Nadelbäume standen einzeln über dem wuchernden Buschwerk. Wenn der Nebelschleier für eine Minute zerriß, dann sah man, daß am anderen Rande der „Mais" — so nennt die Landbevölkerung derartige, abgeholzte Waldstellen — ein Haus lag. Man unterschied eine Umfriedigungsmauer, sah einen Schornstein ragen. Das war das ebenfalls zum Gute gehörige, ganz einsam gelegene „Jägerhaus". Meist stand es jetzt leer. Als noch die schöne Jutta und der tolle Heinz hier ihre berühmten Jagden abhielten, war es oft eine Stätte frohen Treibens. Die junge Frau liebte das Haus ganz besonders. Aber der Förster wohnte in dem großen Forsthause und kam nur manchesmal hierher. Und auch Herr Irwein besuchte das alleinstehende Haus selten.

Wieder blieb er, nach Atem ringend, stehen. Es war, als horchte er auf irgend etwas. Aber kein Ton durchbrach die Stille. Kopfschüttelnd zog er einen Zettel aus der Tasche und las beim letzten Schimmer des Tages noch einmal die paar kurzen Zeilen:

„An Herrn Werner Irwein!

Ein alter Bekannter bittet Sie, heute Abend zwischen halb sechs und sechs Uhr auf dem Wege zum Jägerhaus im „Eulenforst" zu sein. Es liegt in Ihrem eigensten Interesse, bestimmt zu kommen. Natürlich ganz allein, denn es handelt sich um Dinge, die man bloß unter vier Augen besprechen kann."

Die Worte waren mit Maschinenschrift geschrieben und boten gar keinen Rückschluß auf den Schreiber. Ein kleiner Dorfjunge hatte den Brief abgegeben und war sofort davongerannt. Trotzdem hatte Werner Irwein einen ganz bestimmten Verdacht. Hie und da tastete seine magere Hand nach der Brusttasche. Da steckte der scharf geladene Revolver.

Ganz von weit her klang Glockengeläut.

„Es wird Feierabend", sprach Werner Irwein laut vor sich hin.

Dann ging er langsam weiter, immer horchend.

Der Nebel wurde dichter; der Abend brach herein. Unendliche Einsamkeit war um den Mann. Nun schwiegen auch die Glocken und es schien, als sei mit diesem Laut der letzte Ton aus der Welt verhallt.

Die Umrisse des Jägerhauses verschwammen völlig in dem unsicheren Licht. Der Wind wurde müde und schlief ein. Von der Landstraße her, welche etwa zehn Minuten entfernt vorüberlief, klang einmal ein fernes Räderrollen, das sich gleich wieder in der Weite verlor.

Nun war nur noch eine kurze Strecke, über freies Brachland führend, zurückzulegen. Tiefer und immer tiefer sank der Nebel. Immer weiter hinter dem Wandernden verklangen die einzelnen Töne, welche früher noch manchesmal vom Ort herübergeklungen waren. Vor ihm und neben ihm lautlose Stille.

(Fortsetzung folgt.)

Die Blockade der englischen Zone.

London, 1. Februar. Wie aus Kreisen der englischen Besatzungsbehörden in Köln gemeldet wird, dauert die Blockade der englischen Zone durch die französisch-belgische Regie trotz der wiederholt von englischer Seite erhobenen Vorstellungen immer noch an. Pakete aus Berlin brauchen durchschnittlich drei Wochen, bis sie in Köln anlangen.

Arbeiter und Angestellte.

Leipzig. (Metallarbeiterstreik in Leipzig.) Die Metallarbeiter in Leipzig sind in den Streik getreten, nachdem vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt worden war, der eine Erhöhung der Arbeitszeit auf wöchentlich 54 Stunden und einen Spitzenlohn von 45 Pfennig vorsah. Die Arbeit ruht in fast allen Betrieben.

Magdeburg. (Ablehnung eines Metallarbeiterstreiks.) Da bei der Abstimmung der Metallarbeiter und der Angehörigen verwandter Berufe über den Schiedsspruch eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Elberfeld. (Ausdehnung des Streiks auf die Post.) Dem Streik der Transportarbeiter schlossen sich auch die Fuhrleute der Elberfelder Posthalterei an. Deshalb mußte die Paketzustellung in Elberfeld vorläufig eingestellt werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

In der Zeit vom 1.—15. Januar 1924 ist im unbesetzten Gebiet die Zahl der unterstützten Erwerbslosen noch etwas gestiegen, nämlich von 1 528 000 auf 1 556 000, während die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter um rund 200 000 auf 649 000 zurückging. Es muß dabei ausdrücklich betont werden, daß nicht alle Vollerwerbslosen und noch weniger die Kurzarbeiter nach den Bestimmungen Unterstützung erhalten können. Für das besetzte Gebiet liegen abschließende Ziffern nicht vor. Einer mäßigen Besserung in einzelnen Teilen steht der sehr ungünstige Arbeitsmarkt in der Pfalz gegenüber, was auf einen ganz besonders schweren politischen Druck zurückzuführen ist. Im ganzen Reichsgebiet werden immer noch 4—5 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter geschätzt, so daß mit Einschluß der Angehörigen noch ein Viertel der Reichsbevölkerung vom Arbeitsmangel betroffen ist, ein äußerst ungünstiger Zustand. Die Besserung im unbesetzten Gebiet beruht in erster Linie auf der vorläufigen Stabilisierung der Währung. Die Lage in den einzelnen Berufszweigen ist sehr ungleich. Das anhaltende Frostwetter benachteiligt besonders die Land- und Forstwirtschaft, die Gärtnerei, das Bauwesen und die Industrie der Steine und Erden.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr.

Börsenplätze	1. 2. gesucht	1. 2. angeb.	31. 1. gesucht	31. 1. angeb.
Holland 1 Guld.	1 571 068	1 578 937	1 566 075	1 573 925
Dänemark 1 Kr.	682 290	686 710	678 300	681 700
Schweden 1 Kr.	1 101 240	1 106 760	1 100 253	1 105 757
Norwegen 1 Kr.	568 575	571 425	568 575	571 425
Finnland Mark	104 238	104 762	104 238	104 762
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	18 054 750	18 145 250	17 955 000	18 045 000
Schweiz 1 Fr.	728 175	731 825	726 180	729 820
Frankreich 1 Fr.	197 256	198 244	194 263	195 237
Belgien 1 Fr.	173 565	174 435	172 568	173 432
Italien 1 Lira	183 291	184 209	183 041	183 959
Tschechien 1 Kr.	121 944	122 556	120 697	121 303
Österr. 1000 Kr.	59 351	59 649	59 351	59 649
Ungarn 1000 Kr.	144 388	145 112	144 388	145 112

* Ostdevisen in Berlin am 1. Februar. Auszahlungen: Bukarest 21 890 G., 22 110 B.; Kattowitz 424 T. G., 436 T. B.; Riga 796 950 G., 813 050 B.; Reval 10 494 G., 10 706 B.; Kowno 420 750 G., 429 250 B. — Noten: Polnische Mark 399 T. G., 421 T. B.; Lettischer Rubel 755—500 G., 794 500 B.; Estnische Mark 9950 G., 10 450 B.; Lit. 399 750 G., 420 250 B.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	1. 2.	31. 1.		1. 2.	31. 1.
Weiz., märk.	139-142	135-138	Weizkl. f. Brl.	7,1-7,2	7,10
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	5,6-5,8	5,80
Rogg., märk.	121-123	117-120	Raps	280	280
pommerscher	118-119	117-118	Leinsaat	4,20	4,20
westpreuß.	118-119	—	Viktor.-Erbs.	24-26	23-25
Braugerste	140-150	142-152	kl. Speiseerbs.	14-16	13-15
Futtergerste	130-136	130-136	Futtererbsen	—	10-11
Hafer, märk.	98-103	96-100	Peluschken	13-14	10-11
pommerscher	88-96	85-90	Ackerbohnen	12-14	10-11
westpreuß.	86-88	—	Wicken	13-15	13-14
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. fl. Not.)	21,50-24	21,50-24	Lupin., blaue	12-13	11,5-12
			Lupin., gelbe	15-16	15
			Seradella	13,5-14	13-14
			Rapskuchen	8,8-9	9,6-9,7
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Berl. brutto inkl. Sack	18,75-21	18,75-21	Leinkuchen	—	—
			Trockenschtzl.	7,7-7,8	7,6-7,7
			vw. Zuckersch.	16,0-18	17-18
			Torfml. 30/70	6-6,5	—
			Kartoffelfl.	16-16,5	16

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (In Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,45 bis 0,70, desgl. Haferstroh 0,35—0,50, desgl. Gerstenstroh 0,35 bis 0,50, Roggenlangstroh 0,35—0,45, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,35—0,40, Häcksel 1,05—1,25, handelsübliches Heu 0,85—1, gutes Heu 0,95—1,35.

* **Herabsetzung der Ausfuhrabgaben im Ruhrgebiet.** In einem neuen industriellen Abkommen haben einige ehemals von den Franzosen gestellte Forderungen eine Erleichterung erfahren. So wurde die Ausfuhrabgabe für Ammoniak auf 1% festgesetzt. Für Benzol ist der Satz von 6 auf 3% ermäßigt worden, doch kommt in beiden Fällen die sogenannte Versandabgabe mit 2% hinzu. Hinsichtlich der Teererzeugnisse stellt sich die Ausfuhrabgabe auf 7%. Demgegenüber bleiben jedoch Selbstverbrauch und Rohstoff-Aufarbeitung sowie der Veredlungsverkehr von der Versandabgabe befreit.

* **Kartoffelnotierungen.** (Amtlich.) Pro 50 Kilogramm Erzeugerpreis ab märk. Vollbahnstationen. Speisekartoffeln: weiße und rote 1,80—1,75 Mark.

* **Gütertarifforderungen der Industrie und des Handels.** Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat folgende Hauptforderungen gestellt: Allgemeine Ermäßigung der augenblicklichen Frachtsätze, soweit dies zur Verminderung des Einnahmebedarfs möglich ist. Erhebliche Frachtermäßigung für die jetzt viel zu stark belasteten Fertigprodukte und Halbfertigwaren. Tatkräftige Wiederbelebung des Auslandsgeschäfts durch Ausdehnung der Seehafenausnahmetarife auf alle wichtigen Exportgüter. Aufhebung des Zuschlags für die Beförderung in gedeckten Wagen. Beschaffung von Durchfuhrtarifen. Wie der Deutsche Industrie- und Handelstag bei mündlicher Verhandlung im Reichsverkehrsministerium erfuhr, fanden diese Forderungen die grundsätzliche Anerkennung des Ministeriums.

* **Große deutsche Baumwolleinkäufe.** Nach dem „Newyork Herald" beabsichtigt Deutschland, für 100 Millionen Dollar amerikanische Baumwolle in diesem Jahre einzukaufen. Die Vertreter deutscher Spinnereien hätten bereits einen Kredit von 10 Millionen Dollar angelegt, um einen Teil der beabsichtigten Ankäufe zu decken.

* **Frisches Einfuhrverbot für Heu und Stroh.** Das von der Regierung des Freistaates wegen der starken Verbreitung der Maul- und Klauenseuche bereits erlassene Verbot gegen die Einfuhr von Heu und Stroh aus Großbritannien ist neuerdings fast auf das gesamte Ausland ausgedehnt worden. Hiernach ist seit 28. v. M. an die Einfuhr von Heu und Stroh auch aus Deutschland, gleichviel, ob sie über England oder direkt erfolgt, verboten. Das Einfuhrverbot umfaßt auch alle Waren aus Deutschland, die in Heu oder Stroh verpackt oder aus Stroh gefertigt sind.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Statt besonderer Anzeige!



Gestern nachmitttag starb plötzlich infolge Unglücksfalles mein innigstgeliebter Mann, mein herzensguter Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Ober-Landjäger

Gustav Lange

im 37. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Frau Elsbeth Lange und Sohn Heinz.

Oberbrügge, Deetz, Soldin und Landsberg a. d. Weser, den 2 Februar 1924,

Dienstag, den 5. Februar, nachm. 2 Uhr Trauerfeier im Hause, daran anschließend Beerdigung nach Brügge.



Nachruf!

Bei Ausübung seines Dienstes verunglückte heute mit tötlichem Ausgang

Herr Ober-Landjäger

Gustav Lange

in Oberbrügge.

Der Verunglückte wirkte im hiesigen Bezirke seit 1919. Die Amtsverwaltung schätzte ihn als überaus pflichteifrigen und zuverlässigen Beamten, dem die umsichtige und gewissenhafte Wahrnehmung seiner Dienstobliegenheiten Sta des- und Ehrensache war. Sie bedauert aufrichtig sein tragisches Ende.

Sein Andenken bleibt bei der Verwaltung in hohen Ehren

Halver, den 1. Februar 1924

Der Amtmann,



BREMEN

AMERIKA

OSTASIEN-AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

und seine Vertretungen

In Lüdenscheid: Ferdinand Bochmann, Spedition, in Essen: Norddeutscher Lloyd, Gen.-Agent. Handelshof

---

Extra billiges Angebot!

Damen-Mäntel moderne Formen 65.- 48.- 39.- 28.- 19.50 — **13⁹⁰**

Damen-Kleider Reine Wolle, Cheviot, 35.-, 19.-, Popeline, Gabardine 48.- 28.- — **13⁷⁵**

Manchester-Anzüge braun u. grau 65.- 59.- — **38⁰⁰**

Hosen moderne Streifen 14.50 9.50 — **5²⁵**

Münch-Berg

12 Hagen i. W. Elberfelderstrasse 12

Verkauf nur I. Etage.

Die **Unterstützungen für Sozialrentner** können vom **5. Febr bis 13 Febr. d. J.** in Empfang genommen werden

Halver, d. 2. Febr 1924

Der Amtmann.

Landwehrverein Oberbrügge.

Zur Beerdigung des verstorbenen Kameraden

Gustav Lange

treten die Kameraden am Dienstag, den 5. Febr. nachm. 1¾ Uhr vor der Fahne an.

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Pferde-Versicherungs-Gesellschaft im Amte Halver.

Am **Donnerstag, d. 7. Febr.** nachm 4 Uhr im **Gasthof zur Post**

Vorstandssitzung.

Anschließend um 5 Uhr

Jahres-Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahres-Kassenbericht.
2. Bericht d. Revisoren.
3. Festsetzung der Versicherungssumme und Beiträge.
4. Wahl des Bezirk-Vorstehers für die Bergfelder Bauerschaft.
5. Entschädigung für den Kassierer.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand

NB. **Zahlungstermine in Oberbrügge und Schalksmühle am Sonntag, d. 10. Febr.** zu der gewohnten Zeit.



Nachruf!

Am 1. Februar 1924 gegen 3¾ Uhr nachm entriss uns der Tod plötzlich und unerwartet infolge Unglücksfalles unsern lieben Kameraden, den

Ober-Landjäger

Herrn Gustav Lange

Standort Oberbrügge

im Alter von 36 Jahren.

Wir verlieren in ihm einen pflichttreuen Beamten und lieben Kameraden, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Landjäger-Beamten des Kreises Altena.

Trauerbriefe

werden schnell und billig angefertigt in der

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.

Den geehrten Bewohnern von **Halver und Umgegend** zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir neben unserem

Lebens- und Futtermittel-Geschäft

eine

Kohlen-Handlung

begonnen haben. Es wird unser Bestreben sein, durch beste Bedienung uns das Vertrauen einer werten Kundschaft zu erwerben

Bürger & Lausberg.

Berg. Wollverwertung.

Schafwolle

wird zu

Anzugstoffen u. Strickgarn

verarbeitet.

Muster und Auskunft erteilt

Sammelstelle:

Carl Kind jr., Halver

Berlinerstr. 37 — Telefon 73.

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und -Angebote, Kauf- u Verkaufs- anzeigen usw.

in auswärtigen Zeitungen

besorgt ohne Preisaufschlag die

Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers,

Halver.

Ich suche für sofort ein in allen Hausarbeit möglichst erfahrenes, älteres

Mädchen

bei hohem Lohn.

Frau Adolf zur Nieden,

Lüdenscheid,

Sachsenstr 22

Ordentliches, fleißiges

Mädchen

für alle Hausarbeit zum **15. Febr. gesucht.**

Frau Rob Schröder

Schalksmühle.

Deckanzeige.

Den Herren Stutenbesitzern zur gefl Nachricht, daß vom 7. d Mts. ab die beiden



Staatshengste

„Marmor" u „Wenzel" vom Landgestüt Warendorf auf der **Deckstelle Grünenbaum** z Decken bereit stehen.

C. Kresting, Stationshalt